



Europaunion Mayen-Koblenz

Europa-Brief - Termine & Notizen aus Mayen

Informationen für Mitglieder & Freunde der Europa-Union Mayen-Koblenz Dezember 2024

*Liebe Mitglieder, liebe Freunde
die beiden folgenden Berichte sind leider bislang in den hiesigen
Printmedien nicht bzw. nur stark verkürzt veröffentlicht worden - wir
wollen sie Ihnen aber nicht vorenthalten:*

Mayener Schülerinnen brillieren beim Europäischen Schulwettbewerb

Auch in diesem Jahr haben Schülerinnen aus Mayen am Europäischen Schulwettbewerb mit großem Erfolg teilgenommen – einem Wettbewerb, der europaweit ausgetragen wird und der 2024 allein in Deutschland Sechzigtausend Schülerinnen und Schüler mit seiner Thematik angesprochen hat.

Das große Thema des 71. Wettbewerbsjahres hieß: „**Europe (un)limited**“ und forderte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit zahlreichen, nach Altersstufen unterschiedlichen Aufgaben zur Auseinandersetzung mit Grenzen, Grenzerfahrungen oder Grenzüberschreitungen auf.

Zehn Schülerinnen des Mayener Megina-Gymnasiums, alle in Kursen „Bildende Kunst“ engagiert, hatten in ihren Wettbewerbsbeiträgen dafür unterschiedliche Ausdrucksformen und – mittel gewählt, von der fototechnisch - medial geprägten Arbeit bis hin zu gestalterischer Arbeit mit Ton, wobei letztere, zwei schlanke, mit Ornamenten und Symbolen versehene und mit tönernen Schalen bekrönte Säulen nunmehr einen Innenhof der Schule schmücken.

Die Schülerinnen aus den BK-Kursen unter Leitung von Frau Vollmar, ebenso Schülerinnen aus dem Kurs von Frau Freudenberg, waren bereits als Landes-preisträgerinnen ausgezeichnet worden, dabei waren sogar zwei der jungen Damen – Greta Bungart und Mathilda Schauerte – für ihre gemeinsame Arbeit mit einem ersten Landespreis bedacht worden und hatten so schon an der Preisverleihung im Landtag in Mainz teilnehmen dürfen.



Über zweite Landespreise freuten sich Katharina Brodam, Emma Pickert, Kiara Reck und Anna Saur, alle ebenfalls aus dem Kurs bei Frau Vollmar, ebenso wie Elina Ackermann, Mahaut Montmerle-Borgdorff, Karla Naumann und Jana Al Rshedat aus dem BK-Kurs unter Leitung von Frau Freudenberg, unter deren Regie die tönernen Säulen entstanden waren.

In einer kleinen Feierstunde, die vom Stellvertretenden Schulleiter des Megina-Gymnasiums, Herrn Feige moderiert wurde, überreichten die Vertreter der EuropaUnion Mayen-Koblenz, Frau Margret Müller, Herr Stefan Müller und der Vorsitzende, Dr. Peter Keiner den jungen Damen Urkunden und nützliche Schreibutensilien und brachten so den Dank für die Teilnahme am Wettbewerb und ihre Anerkennung für die besonderen Leistungen zum Ausdruck.

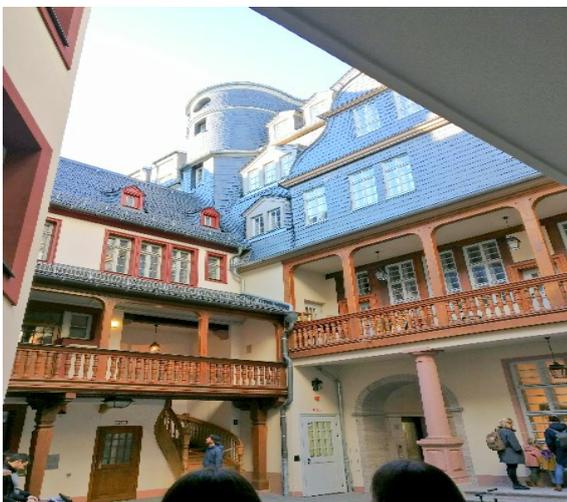
In die Anerkennung und den Dank eingeschlossen waren auch die beiden Kursleiterinnen, deren Unterstützung der Teilnehmerinnen ebenso wie ihr anhaltendes Engagement für den Europäischen Schulwettbewerb beispielgebend ist.

Mit einer weiteren Zuwendung unterstützt die Europa-Union die BK-Kurse beim Auffüllen ihres Arbeitsmaterials - in der Hoffnung, dass auch im kommenden 72. Wettbewerb wieder Arbeiten aus Mayen den Wettbewerb bereichern werden.

Europa-Union besucht die Europäische Zentralbank!

Mit fast 40 Teilnehmern, Mitgliedern und Gästen, fuhr die EuropaUnion Mayen- Koblenz kürzlich nach Frankfurt /Main – Ziel war dabei in erster Linie ein Besuch der EZB in ihrem spektakulären 200 m hohen Gebäude aus zwei in sich verdrehten Türmen.

Aber auch die Besichtigung der wiedererstande-



nen Altstadt mit ihren prachtvollen Gebäuden und

Läden sollte nicht zu kurz kommen, hier war auch eine weniger an historischen Daten und Fakten als vielmehr an launigen Geschichten und Anekdoten reiche Führung im gut angekommenen Angebot.

Und wer wollte konnte sich auch ein wenig abseilen und eine Ausstellung marokkanischer Kunst in der nahen „Schirn“ in Augenschein nehmen oder der Paulskirche, dem bedeuten-den Denkmal deutscher Demokratiegeschichte einen Besuch abstatten.

In der EZB wurden am Nachmittag nur kurz über Ziele und Wirkungsweise der „Geldpolitik“ der EZB gesprochen.



Danach gab es Einblicke in Bauweise und –Philosophie des vom Wiener Architektur-Büro Coop-Himmelb(l)au als futuristisches Gegenstück zu den auch hoch aufragenden, aber konventionelleren Geldsilos in Bahnhofsviertel und Westend konzipierten Bauwerks.

Leider bot die EZB keine architektonische Führung durch ihr glitzerndes, kühl und im Stil des „Dekonstruktivismus“ verschachtelt wirkendes Bürogebäude an.

Immerhin standen aber die erhaltenen, in den Bau der EZB mit einbezogenen, Teile der ehemaligen Großmarkthalle aus den 20er Jahren – im Frankfurter Slang wegen ihres weitgespannten kirchenartigen Betongewölbes „Gemies-Kirch“ genannt – den Besuchern offen. Ihrem Architekten, Martin Elsässer – tatsächlich hat er

auch viele Kirchen geplant – war dort auch eine Ausstellung gewidmet, zugleich erinnert das Ensemble auch an die Deportation der hier ab 1941 bis 1945 zusammengetriebenen Frankfurter Juden.

Den Abschluss bildete noch die Fahrt über den Main, nach „Dribb-de-Bach“, also nach Sachsenhausen, wo eines der traditions-reichen Lokale am Affentorplatz bei angenehmen Temperaturen und unter dem Schirm alter Bäume zu ein, zwei Glas „Äppelwoi“ aus dem blau-grauen „Bembel“ einlud. Den typischen Frankfurter Gerichten verlieh die kultische „Grie Soß“ dank Borretsch, Pimpinelle, Sauerampfer etc eine – manchem sicher fremde – eigene Note! Danach ging es voller Eindrücke und vielleicht auch etwas vom Äppelwoi beschwingt wieder Richtung Mayen.

Die beiden Reisebegleiter aus dem Vorstand der EuropaUnion, Margret und Stefan Müller, konnten etliche Komplimente für eine wohlgeplante und entspannte Tagesfahrt mit nach Hause nehmen

Nachfolgend geben wir die jüngsten Beschlüsse des Bundeskongresses der EuropaUnion vom 20. Oktober d.J. wieder, die sicher auch verbandsintern noch zu einigem Diskussionsbedarf führen werden

„Stuttgarter Signal“ zur Unvereinbarkeit mit dem BSW

Eine Mitgliedschaft im Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) ist unvereinbar mit einer Mitgliedschaft in der Europa-Union Deutschland (EUD). Dies beschloss die überparteiliche Europa-Union Deutschland bei ihrem **67. Bundeskongress am 20. Oktober** in Stuttgart.

„Das BSW ist eine linksnationalistische, populistische und antieuropäische Partei. Sie steht damit gegen alles, wofür die überparteiliche Europa-Union Deutschland steht“, heißt es in dem Beschluss, den die Delegierten mit großer Mehrheit verabschiedeten

Die EUD ist überparteilich, aber politisch nicht neutral“, stellt der Verband klar. Die Europa-Union Deutschland stehe für ein freiheitliches und weltoffenes, ein pluralistisches, ein solidarisches und werteorientiertes Europa, das auf demokratischem Wege seine Vereinigung zu einem föderalen Bundesstaat anstrebt. Die Europa-Union Deutschland könne niemals mit autoritären, freiheitsfeindlichen Kräften vereinbar sein, denn der Autoritarismus, gleich ob von rechts oder von links, widerspricht der europäischen Idee. Ihre klare proeuropäische Ausrichtung könne mit den Zielen einzelner Parteien unvereinbar sein.

Die Unvereinbarkeit der Ziele von BSW und Europa-Union steht jedweder Form von politischer Zusammenarbeit entgegen. Dennoch sollten Repräsentanten der EUD den Dialog mit demokratisch gewählten Mandatsträgern des BSW nicht verweigern, wenn diese beispielsweise Funktionen in Parlamenten bekleiden, die sie qua Amt zu Ansprechpartnern machen, heißt es im Beschluss. Gegenüber den Wählerinnen und Wählern des BSW will die Europa-Union mit allen pro-europäischen Akteuren für die europäische Sache, Weltoffenheit und Toleranz werben.

Bereits 2016 hat die Europa-Union mit dem „**Kölner Signal**“ einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit der Alternative für Deutschland (AfD) verabschiedet.

**Beschluss des 67. Bundeskongresses der Europa-Union vom 20.10.2024:
Offene Grenzen statt Schlagbäume
Gegen die politische Instrumentalisierung von Schengen**

Der 16. September 2024 markiert einen neuen Tiefpunkt der deutschen Europapolitik. Mit der Einführung von Grenzkontrollen an sämtlichen deutschen Außengrenzen greift die Bundesregierung die Freizügigkeit als eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union an.

Von Beginn an stand im Zentrum des im kommenden Jahr seit vierzig Jahren geltenden Schengener Grenzkodexes der fundamentale Grundsatz, dass die Freizügigkeit innerhalb der EU ein grundlegendes Prinzip darstellt, das nur in Ausnahmefällen eingeschränkt werden darf. Grenzkontrollen an den EU-Binnen-grenzen sollten demnach lediglich als letztes Mittel in besonderen Situationen eingesetzt werden. Spätestens seit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ von 2015 ist dieser Grundpfeiler jedoch durch das Vorgehen der Mitgliedstaaten nicht mehr wiederzuerkennen: Unter Verweis auf immer neue Bedrohungslagen werden Grenzkontrollen regelmäßig wieder eingeführt und verlängert. Auch wenn es im Einzelfall durchaus legitime Gründe geben mag, so drängt sich doch in vielen Fällen der Eindruck auf, dass gezielt nach Vorwänden gesucht wurde und wird, um Grenzkontrollen zu rechtfertigen.

Auch die im Zuge der COVID-19-Pandemie umfassend erfolgten Schließungen der Binnen-grenzen führten zu einer weiteren Relativierung des Grundsatzes der offenen Grenzen und Freizügigkeit. Unter anderem aufgrund dieser neuen Herausforderungen wurde im Mai 2024 der Schengener Grenzkodex aktualisiert.

Wir beobachten, dass die Aktualisierung des Kodex aus dem Jahr 2024 nichts daran ändert, dass es häufig an einer klaren Relation zwischen dem Anlass und dem Umfang der Kontrollen sowie an einer fundierten Begründung des Bedarfs mangelt.

Diese Praxis steht im klaren Widerspruch zu den Bestimmungen des Kodexes, der Grenzkontrollen nur **„unter außergewöhnlichen Umständen“**, als **„letztes Mittel“** und nur in dem Maße erlaubt, wie es **„zur Bewältigung der ernsthaften Bedrohung unbedingt erforderlich ist“** (Art. 25 Abs. 1 und 2).

Diese Vorgaben werden durch die Mitgliedstaaten systematisch missachtet.

Spätestens seit dem 16. September 2024 reiht sich auch Deutschland ein in die Staaten, die sowohl den Geist, als auch die rechtlichen Grenzen des Kodexes systematisch missach-

ten. Und das unter Applaus von Rechtsextremist:innen sowie Populist:innen auf nationaler wie internationaler Ebene.

Angesichts dieser Entwicklungen und Trends, die wir jüngst vor allem – aber nicht nur – in Deutschland beobachten, sind wir als Europa-Union Deutschland und Junge Europäische Föderalist:innen (JEF) besorgt darüber, wie fahrlässig mit einer der größten Errungenschaften Europas umgegangen wird.

Wir nehmen nicht hin, dass der Stellenwert des Schengener Grenzkodexes durch politische Entscheidungsträger:innen zunehmend verwässert und zum politischen Spielball gemacht wird!

Wir stellen mit aller Deutlichkeit fest:

1. Die in Deutschland angeordneten Grenzkontrollen sind populistische Symbolpolitik. Derzeit dienen die Kontrollen an den Binnen-grenzen – insbesondere in Deutschland – dazu, den Anschein von Handlungsfähigkeit zu wahren. Die Gewerkschaft der Polizei stellt selbst nach wenigen Tagen frühzeitig als erstes Zwischenfazit fest, dass sie kaum ihre prognostizierte Wirkung zeigen. Mit den Kontrollen oder Forderungen nach ihnen will man dem gesellschaftlichen Druck nachgeben und politische Forderungen kommunizieren, ohne aber inhaltliche Entscheidungen zu treffen. Grenzkontrollen werden reflexartig und vor-schnell als vermeintliche Lösungen präsentiert, bloß um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und politische Mehrheiten zu sichern. Dass der Bundesregierung als Antwort auf die Wahl-ergebnisse in Thüringen und Sachsen im September 2024 nichts anderes einfiel, als der AfD nachzueifern, betrachten wir als Kapitulation. Nicht nur verlieren die proeuropäisch ausgerichteten und demokratischen Parteien sowie die von ihnen getragenen Regierungen national international an Glaubwürdigkeit, wenn sie populistische – **nachweislich ineffektive** – Vorschläge übernehmen. Sie drohen auch im Kampf gegen antidemokratische Kräfte zu unterliegen. Dies befeuert Spannungen und Ressentiments.

2. Die Einführung von Grenzkontrollen ist keine Kompensation für andere politische Versäumnisse. Die Einführung von Grenzkontrollen und die Forderung nach ihnen verschleiern die eigentlichen Probleme und langjährigen politischen Versäumnisse.

Die Entwicklung nachhaltiger und ganzheitlicher Lösungen wird so verhindert. Grenzkontrollen dürfen nicht eingeführt werden, um fehlende Ausstattung, Überforderung und mangelnde Vorbereitung bei nationalen Behörden auszugleichen. Zudem darf dem Versäumnis einer dringend notwendigen Erarbeitung und Vereinheitlichung eines menschenwürdigen Asylsystems sowie der fehlenden politischen Willenskraft hierfür nicht mit der vermeintlich wirksamen Symbolik der Kontrolle von Binnengrenzen begegnet werden.

Deshalb fordern wir:

1. Die Bundesregierung muss alle Grenzkontrollen umgehend beenden.

Sie hat für die entstandenen Unstimmigkeiten bei unseren europäischen Nachbarländern die Verantwortung zu übernehmen und jetzt wie zukünftig jeden nationalen Alleingang in Bezug auf gesamteuropäische Angelegenheiten zu unterlassen.

2. Bekenntnis zu offenen Grenzen:

Die Bundesregierung muss sich unmissverständlich und konsequent zur uneingeschränkten Freizügigkeit als Grundpfeiler der Europäischen Union bekennen. Sie muss ihren Koalitionsvertrag umsetzen, in dem sie noch zum Ziel gesetzt hatte, die „Integrität des Schengenraumes wiederherzustellen“ und sich mit ihren europäischen Partnern abzustimmen, Angesichts der Tatsache, dass in Deutschland, aber auch in allen anderen Mitgliedstaaten, Grenzkontrollen normalisiert und sogar als positiv angesehen werden, bedarf es einer fundamentalen Neuausrichtung des Grundverständnisses von Grenzen und Offenheit in Europa.

3. Bewahrung des Regel-Ausnahme-Verhältnisses.

Bei jeder politischen und verwaltungs-internen Entscheidung braucht es einen unumstößlichen Ausgangspunkt: Grenzkontrollen müssen die Ausnahme bleiben und als solche benannt werden.

4. Ausnahmegründe für Kontrollen dürfen nicht missbraucht werden.

Die – auch nach den kürzlichen Änderungen des Schengener Grenz-kodex fortbestehenden – vagen und weit gefassten Formulierungen der Ausnahmegründe für die Einführung von Grenzkontrollen dürfen nicht für nationale Agenden ausgenutzt werden, Ausnahmegründe für angenommen, überdehnt, pauschalisiert oder inflationär angewendet werden.

Beispielsweise einmal vorhandene sachlich gegebene Gründe für die zeitlich eng begrenzte Einführung von Grenzkontrollen, etwa die Olympischen Spiele in Paris, dürfen in der politischen Diskussion nicht zum Anlass genommen werden, um eine Fortdauer oder Neu-einführung von Kontrollen zu fordern. Ein bloß abstraktes Gefährdungsrisiko rechtfertigt weder kurz- noch langfristige Grenzkontrollen.

5. Der Vertrag von Schengen soll so abgeändert werden, dass die Anordnung von Grenzkontrollen durch Mitgliedstaaten von einer Genehmigung durch die Europäische Kommission abhängig gemacht wird.

Die aktuell bestehende bloße Mitteilungspflicht gegenüber der Kommission ermöglicht nationalen Missbrauch. Es muss bereits vor der Einführung von Grenzkontrollen objektiv überprüft werden, ob diese im Einklang mit europäischen Recht stehen und tatsächlich gerechtfertigt sind. Insbesondere stellt die Prüfung durch die Kommission als Hüterin der EU-Verträge und neutrale Instanz sicher, dass Grenzkontrollen nicht für nationale Agenden instrumentalisiert werden. Die nationalen Regierungen sollen aufgefordert werden, bis zu einer Veränderung Grenzkontrollen nur durchzuführen, wenn die betroffenen Länder vorher informiert wurden

und die Möglichkeit hatten, sich darauf vorzubereiten.

6. Konsequente und frühzeitige Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren.

Die Europäische Kommission muss im Fall der missbräuchlichen Anordnung von Grenzkontrollen die darin liegende Verletzung der EU-Grundfreiheit der Freizügigkeit konsequent verfolgen und den EuGH anrufen. Insbesondere darf sie hierbei nicht davor zurückschrecken, sich in nationale gesellschaftspolitische Debatten einzumischen.

Der geringe Stellenwert, den die Mitgliedstaaten und insbesondere jüngst auch die Bundesregierung der Errungenschaft der offenen Grenzen beimessen, zeigt für uns als Europa-Union und JEF einmal mehr die **Notwendigkeit einer Europäischen Verfassung. Diese muss die Freizügigkeit als elementares Grundrecht enthalten.**

Nur so würde der Freizügigkeit in Europa die Bedeutung zukommen, die sie für jeden einzelnen in Europa tatsächlich bereits aktuell hat.

Denn unser Europa baut Brücken, keine Grenzzäune. Unser Europa steht für Solidarität und Zusammenarbeit, für gemeinsame Lösungen statt nationaler Alleingänge. Und: Unser Europa darf nicht die wildesten Träume von Faschist:innen und Populisten wahr werden lassen.

Aus dem Landesverband:

Dem kürzlich beim Landeskongress in Trier neu gewählten LV-**Vorstand** gehören an: Dr. Norbert Herhammer, Vorsitzender (2. von rechts), Dr. Otto Schmuck (rechts) und Jörg Saalbach (fehlt auf dem Foto) als Stellvertreter sowie Holger Scharff (Dritter von rechts) als Schatzmeister.

Als Beisitzer fungieren: Klaus Eisold, Ingo Espenschied, Dr. Peter Albrecht, Dr. Peter Keiner (fehlt), Dr. Peter Wadle, Frau Anita Schäfer, Marc Riegel, und Daniel Dreißigacker.

Hinzu kommen Annika Sinner als Vorsitzende der JEF sowie Christine Schneider,

MdEP, Angelika Glöckner, MdB Fabian Eh-



mann, MdL und Thomas Barth, MdL.

Mayen: EuropaUnion heißt junges Stadtratsmitglied willkommen

Als neues Mitglied der Europa Union Mayen-Koblenz begrüßte deren Vorsitzender, Dr. Peter Keiner vor kurzem Herrn Jan Müller, der seit der Kommunalwahl am 9. Juni als Vertreter der Freien Wähler im Mayener Stadtrat aktiv ist.



Bei einem längeren Gedankenaustausch machte Jan Müller er ist Informatikstudent, ist derzeit jüngstes Stadtratsmitglied und seit einigen Tagen nun auch jüngstes Mitglied der EuropaUnion vor Ort – deutlich, dass er erkannt hat, wie stark die Politik der

Europäischen Union nicht nur auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Mitgliedstaaten auf der Ebene etwa der Bundespolitik einwirkt, sondern auch die lokale Ebene in Städten und Gemeinden nachhaltig beeinflusst.

Denn hier müssen ja die vielfältigen Bestimmungen aus Verordnungen und Richtlinien, die Kommission und Parlament in Brüssel beschließen und die ihren Niederschlag in nationaler Gesetzgebung finden, in die Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt werden, nicht selten auch zu deren Unwillen - dies konnte man in diesem Sommer etwa bei den traktorgestützten Demonstrationen der Landwirte erleben. Und nicht wenige der daraus entstehenden finanziellen Bürden tragen ja die Kommunen, also eben die Bürgerinnen und Bürger und fühlen sich dabei zunehmend belastet und überfordert. Dass ein Zusammenwachsen der europäischen Mitgliedsstaaten nicht ohne gemeinsame Regeln und Anpassung an neue, auch oft strengere Vorgaben möglich ist, leuchte, so Jan Müller, ja durchaus ein, obwohl oftmals fraglich erscheine, ob wirklich alles in der Intensität und Regelungsdichte von Brüssel aus vorgeschrieben werden müsse. Hier ganz Vertreter der Freien Wähler, plädiert Jan Müller für Augenmaß und größere Flexibilität: gefragt seien pragmatische, zukunftsorientierte Lösungen statt vergangenheitsverhafteter oder ideologisch eingefärbter Ansätze.

Jan Müller ist allerdings nicht das einzige Mitglied einer der im Rat der Stadt Mayen vertretenen politischen Gruppierungen, das der Europa-Union im Kreis Mayen-Koblenz sich angeschlossen hat: die EuropaUnion, wiewohl überparteilich, versteht sich eben selbst auch als politisch und freut sich, wenn sich auch in ihren Reihen unterschiedliche politische Standpunkte zu den verschiedensten aktuellen Aspekten der europäischen Einigung abbilden. Gerne wollen wir deshalb auch mit den anderen

Ratsfraktionen (wieder) ins Gespräch kommen - so wie es sich ja im Rahmen der Vorstellung der Kandidaten für die Wahl des Europäischen Parlaments im Juni dieses Jahres zwanglos des Öfteren ergeben hatte.

Hinweis in eigener Sache:

Nachdem der Jahresbeitrag für 2023 erst zu Anfang des Jahres 2024 eingezogen werden konnte, werden wir den Jahresbeitrag 2024 jetzt noch im Dezember einziehen, um 2025 wieder zum „normalen“ Rhythmus (Einzug im ersten Quartal des neuen Jahres) zurückzukehren.

Wir danken für Ihr Verständnis!

**Die EuropaUnion Mayen-Koblenz
gedenkt ihres langjährigen Mitglieds**

Wolfgang Rech

1939 - 2024

Herr Wolfgang Rech hat den Gedanken der europäischen Einheit seit seinem Eintritt in die Europa-Union im Jahr 1984 stetig gefördert und gestärkt.

Dafür sind wir ihm sehr dankbar.

Wir werden Herrn Wolfgang Rech ein ehrendes Angedenken bewahren.

**Wir trauern um unser früheres lang-
jähriges Vorstandsmitglied**

Fritz Specht

1940 - 1984

der am 9. Dezember verstorben ist. Herr Specht hat sich über viele Jahre hinweg in die Arbeit des Vorstands mit Engagement eingebracht.

Mit seiner ,aufgeschlossenen verbindlichen Art konnte Herr Specht auch zahlreiche Mitbürgerinnen und Mitbürger für die Mitgliedschaft in der EuropaUnion gewinnen.

Wir sind ihm sehr zu Dank verpflichtet und werden seiner stets ehrend gedenken.